

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei Herrn H. Spindler,
Markt- u. Friedhofstr. Nr. 4.
in Glogau bei Herrn I. Streifand;
in Frankfurt a. M.:
G. F. Dauter & Co.

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster Jahrgang.

Verleger:
H. Klemm, Posener Zeitung,
Markt- u. Friedhofstr. Nr. 4.
in Glogau bei Herrn I. Streifand;
in Frankfurt a. M.:
G. F. Dauter & Co.

Nr. 551.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Freitag, 24. November

Inserate 14 Sgr. die sechsgepaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1871.

Amisches.

Berlin, 23. Novbr. Se. Maj. der König hat dem Geh. Medizinal-Rath und Professor Dr. Heusinger zu Warburg den R. Kronen-Orden 2. Kl., dem Rentner, Prem.-Lt. a. D. Hermens zu Gerresheim, R. Dinseldorf, den R. Kronen-Orden 3. Kl., dem Ersten Baudirektor der Reichs-Bauverwaltung und dem Kreis-Baudirektor Curt zu Wittenwalde, R. Teltow, den R. Kronen-Orden 4. Kl. verliehen.

Se. Maj. der Kaiser und König hat im Namen des Deutschen Reiches den Kaufmann und Agenten Luis Olleros y Manilla zu Badajoz zum Vize-Konsul des Deutschen Reiches daselbst ernannt.

Der bisherige Vorsitzende der Kgl. Direktion der Westfälischen Eisenbahn, Geh. Regierungs-Rath Dittmer, ist zum Vorsitzenden des Kgl. Eisenbahn-Kommissariats in Koblenz, der bisherige kommissarische Vorsitzende der letzteren Behörde, Regierungs-Rath Gehlen, zum kommissarischen Vorsitzenden der Kgl. Eisenbahn-Direktion in Saarbrücken, und deren bisheriger Vorsitzender, Regierungs-Rath Pape, zum Vorsitzenden der Kgl. Direktion der Westfälischen Eisenbahn bestellt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 23. Nov. Im Reichstag findet die Fortsetzung der dritten Beratung über das Reichsmünzgesetz statt. Delbrück erklärt: die Regierung sei mit den Beschlüssen des Hauses im Allgemeinen einverstanden, betonte jedoch die Zweckmäßigkeit des Dreißigmarkenstückes und empfiehlt die Wiederherstellung der Regierung's Vorlage in diesem Sinne. Camphausen befürwortet gleichfalls das Dreißigmarkenstück. Die §§ 1 und 2 werden angenommen, ebenso 3—13, womit das Dreißigmarkenstück definitiv beseitigt ist; endlich in der zweiten Lesung wird die Resolution Bamberger und Feldkamp sowie die Resolution Braun genehmigt, den Reichskanzler zu ersuchen, baldmöglichst durch Vorlage die Einziehung von Staatskassenscheinen zu regeln. — In der Abendsitzung des Reichstages fand die Präsidentenwahl statt. Abgegeben wurden 276 Stimmen, von denen 219 auf Simson fielen. Da derselbe nicht anwesend ist, so kann er sich über die Annahme der Wahl erst morgen erklären. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Frankfurt a. M., 23. Nov. Eine Generalversammlung genehmigte mit großer Majorität die Fusion der Vereinskasse mit der Vereinsbank. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Sternberg, 23. Nov. Der diesjährige Landtag wurde in herkömmlicher Weise eröffnet und hierauf die landesherrlichen Propositionen verlesen. Derselbe enthalten nichts, was auf Verfassungs-Veränderung Bezug hätte.

Karlruhe, 23. Nov. Die Abgeordnetenkammer wählte heute Kirner zum Präsidenten, Eckhard und Kiefer zu Vizepräsidenten.

Darmstadt, 23. Nov. Prinz Ludwig ist heute Morgen von London hierher zurückgekehrt. Derselbe wird morgen das Kommando der heftigen Division wieder übernehmen.

Wien, 23. Nov. Die Nachrichten über die Zusammensetzung des künftigen Ministeriums sind verfrüht. Fürst Adolf Auersperg reist noch heute nach einer Konferenz, welche er mit Hopfen haben wird, zu seinem Bruder, dem Fürsten Karl Auersperg, nach Albrechtsberg. — Das Programm des Fürsten Adolf Auersperg ist streng verfassungsgetreu, auf die Erhaltung aller konstitutionellen Institutionen bedacht und vornehmlich dahin strebend, einen legalen Reichsrath zu Stande zu bringen. — Wie die „Presse“ meldet, soll der Restbetrag der Wiener Kommunalanleihe von 7 Millionen vorläufig nicht emittiert werden. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Wien, 23. Nov. Wie von unterrichteter Seite mitgetheilt wird, dürfte die Neubildung des Kabinetts am Sonntag vollzogen werden. — Graf Beust hat sich heute Abend nach Salzburg begeben; derselbe wurde am Bahnhof von zahlreichen Notabilitäten zur Verabschiedung erwartet.

Prag, 22. Nov. Die heutige Abendnummer des tschechischen Blattes „Politik“ ist konfisziert worden. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Paris, 22. Nov. „Journal de Paris“ erklärt sich für ermächtigt, die Gerichte über Zwistigkeiten unter den Prinzen von Orleans formell zu demontiren.

Paris, 23. Nov. Der „Siecle“ schreibt: Man versichert uns, daß die Unterhandlungen der Bank mit einem Syndikat, betreffend den Verkauf des gesamten Rentenbesitzes der ersten an letzteren, zum Abschluß gekommen seien, so zwar, daß der Verkauf bereits perfekt geworden. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Brüssel, 22. Novbr., Abends. Die Stadt ist vollkommen ruhig. Es haben weder vor der Kammer noch vor dem königlichen Palais neue Volksansammlungen stattgefunden.

23. Novbr. In der heute fortgesetzten Debatte in der Repräsentantenkammer, über die Interpellation Bara's betreffend die Ernennung de Deders zum Gouverneur von Limburg, ergriff Rothomb, ebenfalls einer der Administratoren der Langrand'schen Unternehmungen, das Wort, um die gefragten Ausführungen Bara's entschieden zurückzuweisen. Die Kammer nahm den Schluß der Debatte mit 64 gegen 46 Stimmen an und verwarf alsdann mit 66 gegen 44 Stimmen eine motivirte Tagesordnung, in welcher das Haus sein Bedauern über die Ernennung de Deders ausspricht. — Ruhestörungen sind trotz der bedeutenden, vor dem Sitzungsgebäude angesammelten Menge bis jetzt nicht vorgekommen; starke Abtheilungen von Polizei-Beamten und Garde civique erhielten die Ordnung aufrecht. — Wie die „Indépendance Belge“ berichtet, hielt das Schöffengericht gestern Abend eine Sitzung im Stadthause ab, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, heute die erste Legion der Garde civique einzuberufen. — Heute Morgens fand Ministerrath statt. Zu demselben war der Bürger-

meister der Stadt Brüssel eingeladen worden, um über die gestrigen Vorfälle Auskunft zu ertheilen. Derselbe soll sich auf die Äußerung eines Ministers, die Bewegung sei nur Ausfluß eines Parteimanövers, dahin geäußert haben, daß die gesamte Bevölkerung der Hauptstadt wie der Provinzen auf das Tiefste erregt sei. Die Forderung, die bewaffnete Macht zu requiriren, habe der Bürgermeister mit der Bemerkung abgelehnt, daß die Garde civique, welche aus der Mitte der Bevölkerung hervorgegangen sei, vollkommen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ausreiche. — Der Präsident der Kammer hat ein Schreiben an den Bürgermeister gerichtet, in welchem er demselben alle ihm zustehenden polizeilichen Befugnisse zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern des Hauses und an den Zugängen desselben überträgt.

London, 23. Nov. Der Krankheitszustand des Prinzen von Wales trägt nach Ausspruch der Aerzte keinen irgendwie gefährlichen Charakter an sich. Offizielle Bulletin's werden nicht ausgegeben. — „Daily News“ veröffentlicht den Entwurf eines Handelsvertrages, wie derselbe französischerseits vorgeschlagen wurde. Er enthält hauptsächlich eine bedeutende Erhöhung des Eingangszolles auf Hanf, Flachs, Wolle und Baumwolle. Der neue Vertrag soll bis 1877 dauern. Ratifikation seitens der Nationalversammlung ist vorbehalten.

London, 23. Nov. Die Kommission zur Untersuchung der Megara-Affäre zählt Lord Lawrence, Lord Brewster, Admiral Seymour und drei andere zu ihren Mitgliedern. — John Bright kehrt in das Unterhaus zurück, verweigert aber den Wiedereintritt in das Kabinett; doch hat er Gladstone seine Unterstützung zugesagt. Er dürfte einen Kompromiß zwischen Gladstone und den Dissenters und Radikalen herbeiführen. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Glasgow, 23. Nov. Die Bergwerksarbeiter verlangen eine Lohnzulage von einem Schilling. Im Falle der Nichtbewilligung ihrer Forderung drohen sie mit einem Streik. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Bristol, 23. Nov. Eine Versammlung von Arbeitern erklärte, daß die Kosten der Hofhaltung zu groß seien, und die Errichtung der Republik dringend geboten. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Rom, 22. Nov. Frankreich hat es abgelehnt, den Verabredungen einiger Mächte beizutreten, welche einen Vertreter bei dem König von Italien und bei dem Papste zugleich beglaubigen wollen. Goulard kommt als italienischer Gesandter nach Rom, während Graf Harcourt beim heiligen Stuhle verbleibt. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Konstantinopel, 23. Nov. Seit der Reise des Fürsten Milan von Serbien nach Livadia sind die Sympathien der Porte für Rußland sehr erkaltet. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Serajevo, 23. Nov. Die Türken ermordeten am hellen Tage 3 christliche Kaufleute. — Man befürchtet den Ausbruch von Unruhen. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Washington, 22. Nov. Großfürst Alexis ist heute hier eingetroffen und wird morgen vom Präsidenten Grant empfangen werden. — Nachrichten aus Toronto zufolge sind daselbst 3 Fälle asiatischer Cholera mit tödtlichem Ausgange vorgekommen.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 23. November.

— Die ministerielle „Provinzial-Correspondenz“ schließt einen Artikel, betitelt: „Das Gelingen der Münzreform“, folgendermaßen:

Das Deutsche Reich wird in kürzester Frist eine einheitliche umlaufsfähige Goldmünze besitzen, und zwar alsbald in ausreichender Menge, um dem Bedarf des großen wirtschaftlichen Verkehrs zu genügen. Mit diesem ersten Schritte der Münzreform ist aber alsbald auch der Grund zur weiteren Einigung, zur Herstellung eines einheitlichen deutschen Münzsystems auf Grundlage der Dezimaltheilung gelegt worden. Wenn bei der Einführung neuer einheitlicher Maße und Gewichte, welche mit dem 1. Januar f. z. ins Leben tritt, der gemeinsame nationale Gewinn nicht ohne vorübergehende unvermeidliche Uebelstände, Schwierigkeiten und Belästigungen der Einzelnen erreicht werden kann, so darf unter Volk dagegen der Mäßeinigung mit der beruhigenden Zuversicht entgegengehen, daß es die Vortheile derselben von vornherein in vollem Maße an sich selbst erfahren und erkennen wird.

— Aus der Bundesrathssitzung, in welcher der bairische Antrag auf Erlass einer besonderen Strafbestimmung gegen den Mißbrauch des geistlichen Amtes zu politischen Zwecken zur Beschlußfassung und Annahme gelangte, wird nachträglich der „D. Allg. Ztg.“ mitgetheilt, daß Fürst Bis marck im Laufe derselben den Vorsitz übernahm und lebhaft zu Gunsten des Antrages in die Debatte eingriff. Das Referat hatte der Bevollmächtigte Braunschweigs, Geheimrath Liebe, übernommen. Einwendungen wurden nur von Seiten der sächsischen Regierung erhoben, welche indessen auch nicht auf eine Verwerfung, sondern vielmehr auf eine Ausdehnung des Antrages abzielten, die möglicherweise die Eventualität ins Auge gefaßt hatte, zugleich dem sozialdemokratischen Ausschreitungen wirksam begegnen zu können. Man hielt dies indessen nicht für praktisch und nahm, wie schon gemeldet, den Antrag einstimmig an.

— Dem Landtage werden, der „Elb. Ztg.“ zufolge, in der bevorstehenden Session zahlreiche Beschwerden von Seiten der Alt-katholiken wegen Heranziehung derselben zu den Kirchensteuern neukatholischer Gemeinden zugehen. In Folge dessen kann es nicht ausbleiben, daß die hochwichtige Frage zur Entscheidung gelangt, ob mit dem Uebergang zu einer anderen Religionspartei auch die Pflichten gegen die Pfarodie wegfallen, und daß endlich die im königl. Patent vom 30. März 1870 gegebene Verheißung, die demselben beigegebene Zusammenstellung des allgemeinen Landrechts mit Benutzung der bei Anwendung der ausgedruckten Grundsätze zu machenden Erfahrungen nach Bedürfnis zu ergänzen, der Erfüllung entgegengeführt wird. Es hat diese Frage schon zu vielen kostspieligen Prozessen und zu Streitigkeiten zwischen Justiz- und Verwaltungsbehörden Veranlassung gegeben.

Elbing, 22. Novbr. Gegen die in einem Schreiben an den Magistrat ausgesprochene Ansicht der k. Regierung zu Danzig, daß derselbe nicht befugt sei, in der von ihm beliebigen Weise bei der Besetzung katholischer Lehrerstellen zu verfahren, hat der Magistrat beschloffen, den Weg der Beschwerde an den Herrn Minister zu beschreiten, überhaupt sein Recht als Patron der Schulen in jeder Beziehung zu wahren. (N. C. A.)

Braunsberg, 16. d., Abends. hielt Professor Michalis im Saale des Rheinischen Hofes seinen zweiten Vortrag, worauf durch Affikation ein Komitee von 9 Mitgliedern zur Bildung eines altkatholischen Vereins hieselbst gewählt wurde. — Als Prof. Michalis am Sonntag früh etwa um 7 1/2 Uhr die katholische Pfarrkirche besuchte, bat ihn, bald nach Beginn der h. Messe, der Pfarrer, im Auftrage des Erzprieesters die Kirche zu verlassen. Als der Professor darauf erwiderte, er werde bleiben und möglichst jeden Sonntag um diese Zeit die Kirche besuchen, wurde die heilige Handlung unterbrochen.

Köln, 19. Novbr. Die „Köln. Ztg.“ schreibt: Der kirchliche Anzeiger für die Erzdiözese veröffentlicht einen Befehl des erzbischöflichen General-Vikariats an diejenigen Pfarrer, welche in Fabriken oder in deren Nähe angestellt sind, innerhalb vier Wochen über eine Reihe von Fragen möglichst zuverlässige Mittheilungen einzufenden: wie viele Fabriken es in dem Pfarrbezirk gebe, wie viele Arbeiter und Arbeiterinnen darin beschäftigt, wie viele davon katholisch seien, wie hoch der Wochenlohn sei, wo und zu welchen Preisen auswärtige Arbeiter und Arbeiterinnen Kost und Wohnung finden u. s. w. Den Kernpunkt aber finden wir wohl in der Frage, wie den etwaigen Gefahren an Leib und Seele, denen die Arbeiter in den Fabriken ausgesetzt seien, Abhilfe geschafft werden könne. „A. B.“ durch Einrichtung von Kost- und Logishäusern unter Leitung barmherziger Brüder und Schwestern, und sodann in der Organisation von Vereinen, durch welche den Nothständen entgegengearbeitet werden soll. Solche unter kirchlicher Führung stehende Vereine, so wie die von Ordensleuten geleiteten Verpflegungs-Anstalten würden natürlich ein treffliches Hilfsmittel geben, um die Arbeiterbevölkerung dem ultramontanen Einflusse zu unterwerfen, was bei unserem allgemeinen Stimmrecht und unter den gegenwärtigen Zeitläuften für die Herren vom Zentrum und ihre Auftraggeber, die Jesuiten, von besonderer Wichtigkeit sein muß. Die Fabrikherren und Arbeiter, welche einsehen, daß die rothe Internationale an der schwarzen schwerlich einen ernsten Gegner finden wird, und daß es den Leitern der einen wie der anderen Gesellschaft um die Beherrschung einer unterwürfigen und im gegebenen Augenblicke zu den von ihnen selbst verfolgten anderweitigen Zwecken verwandbaren Masse ankommt, werden sich schon selbst sagen, wie sie der ihnen bevorstehenden Inquisition durch die vom erzbischöflichen General-Vikariat kommandirten Pfarrer entgegenzutreten werden. Uebrigens sollten gerade in unserer Provinz, wo die Glaubensschismen so vielfach gemischt sind, zur Aufrechterhaltung des sieben Friedens die konfessionellen Spaltungen möglichst vermieden werden; und Gutes haben wir nicht viel zu erwarten, wenn das konfessionelle Element wie ein Keil zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder in eine örtlich zusammengehörende Gruppe von Arbeitern immer tiefer eingetrieben wird. Auf rein humanem Grunde, ohne Unterschied des Bekenntnisses, ist bereits Vieles zur Verbesserung der Lage der Arbeiter geschehen, und wir können nur hoffen, daß das von vielen Fabrikherren schon gegebene Beispiel in der Errichtung guter Arbeiterwohnungen, in der Sorge für das sittliche Wohl der Arbeiter und in der Gründung von Fortbildungsschulen so allseitige Nachahmung finde, daß einer mit selbstthätigen Absichten auftretenden kirchlichen Intervention der Vorwand abgeschnitten wird.

Frankfurt, 21. Nov. Das Ende der hier tagenden internationalen Kommission naht heran. Die wichtigsten Arbeiten sind bereits alle definitiv erledigt und an der definitiven Redaktion des internationalen Vertrags und des Schlußprotokolls wird seit längerer Zeit schon mit Eifer gearbeitet. Möglicherweise kann eine Verlängerung der Sitzungen noch dadurch eintreten, daß bei Feststellung der definitiven Grenzlinie zwischen Frankreich und Deutschland in einzelnen Bemerkungen und Strichen Modifikationen vorgenommen werden. In diesem Falle müßte denn auch die internationale Kommission wegen Verteilung etwaigen Staatsguts und des Gemeindeguts und Stiftungsvermögens wieder in Thätigkeit treten. Ob dieser Fall eintreten wird oder nicht, ist mit Bestimmtheit nicht voranzufagen. Gegenwärtig besteht die internationale Kommission aus folgenden Mitgliedern: Von Seiten des deutschen Reichs fungieren als Vorsitzender und Bevollmächtigte: Graf von Kersdorff, königl. württembergischer Geh. Legationsrath; v. Weber, königl. bairischer Staatsrath; v. Budenbrock, k. preussischer Legationsrath, Protokollführer. Von Seiten der französischen Republik sind die Herren de Clercq und de Goulard als ministres plénipotentiaires zur Stimmführung bevollmächtigt; Herr Dutreil, Secrétaire d'Ambassade, ist mit der Protokollführung beauftragt. Herr v. Goulard, der von Thiers zum Gesandten am Hofe Victor Emanuels ernannt ist, befindet sich nämlich gegenwärtig noch hier und wird, wenn der Schluß der Konferenzen noch zeitig vor Eröffnung der italienischen Kammer erfolgt, den internationalen Vertrag mitunterzeichnen. (Rff. Z.)

München, 20. November. Stiftspröbst Dr. v. Döllinger wird, da herkömmlicher Weise den Rektoratsantrittsreden an der hiesigen Universität immer ein Gottesdienst vorhergeht, dem Vernehmen nach die feierliche gehalten, wenn die Regierung die Entscheidung auf das Gesuch des Alt-katholikenkomitees um die Erlaubnis zur Abhaltung altkatholischer Gottesdienste in der Studientirche getroffen haben wird.

Ver mis ch tes.

* **Königsberg, 20. Novbr.** Aus „unverlässiger Quelle“ will die „Br. Pitt. Ztg.“ erfahren haben, daß heute Abends der Verkauf der Königsberger Hartungschen Zeitung an den Geh. Kommerzienrath Simon zum Abschluß gelangt ist. Bei dieser Gelegenheit soll sich herausgestellt haben, daß der Netto-Gewinn der beregten Zeitung bis jetzt jährlich 28,000 Thlr. betragen hat. Nach der Ansicht des genannten Blattes wird aus diesem Kauf ein Altiengeßaft.

* **Das russische Frauen-Gymnasium in Riga** zählte in seinem ersten Schuljahre 1870—1871 nicht weniger als 183 Schülerinnen,

